EP-FR-01-401

C – Was Frieden schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Lene Greve (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 400 bis 404:
Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre Handlungsmöglichkeiten für die sozialökologische ~~Modernisierungsprozesse massiv~~Transformationmassiv einschränkt. ~~Die~~Angesichts der Verursacher und Profiteure dieser Schuldenkrise – westliche Finanzinstitutionen, Staaten und Unternehmen – müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten ~~müssen sich für~~ solide Schuldenrestrukturierungen und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ~~einsetzen~~durchsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten

Begründung

“The result of neo-colonialism is that foreign capital is used for the exploitation rather than for the development of the less developed parts of the world. Investment under neo-colonialism increases rather than decreases the gap between the rich and poor countries of the world.”

Kwame Nkrumah, Ghanas erster Präsident, 1965 in Neo-colonialism: The Last Stage of Imperialism

Antikolonialismus ist keine Ansteckblume.

Fakt ist: Die hohe Verschuldung der meisten ehemals kolonisierten Länder ist Resultat aus der Kolonialisierung. Dazu zählen neben der Unterdrückung einer eigenständigen Entwicklung durch die Kolonialländer und ihre Unternehmen auch die im Zuge der Unabhängigkeit in Rechnung gestellten „Schulden“ für den angeblich zivilisierenden Aufbau von Infrastruktur durch die Kolonialherren.[1] Das nicht zu benennen, stiehlt sich nicht nur aus der Verantwortung, heute die verbrecherischen Profite mit dem Kolonialismus umzuverteilen, das Profitmachen privater Anleger mit der Staatsverschuldung zu unterbinden und die aktive Entwicklungsbehinderung durch Sparvorgaben des IWF zu beenden.[2] Es ist auch mehr als offen für rechte Ideologeme die heute in Anschlag gebracht werden, um insbesondere die weitere Ausbeutung der Bevölkerung Afrikas zu rechtfertigen: Dementsprechend gehe die Armut des afrikanischen Kontinents entweder auf Faulheit zurück oder die Unterentwicklung sei gar nicht Ergebnis des Ressourcenraubs und der Ausbeutung von Menschen, sondern schlicht Schicksal.

Über 500 Organisationen, u.a. Greenpeace Africa, Rural Women Assembly, African Parliamentary Network on Illict Financial Flows and Tax, stellen als Real Africa Climate Summit fest: “Meaningfully addressing the climate crisis requires reparations and financing in the order of trillions, not the billions which are promised (and remain undelivered); net global financial flows (including all trade, aid, debt, etc.) see flows of over $2 trillion going from Global South to Global North every year – this needs to be reversed as a requisite for real, meaningful, lasting change.”[3]

Eine Beschwichtigung gegenüber dieser drastischen Problematik ist fahrlässig, weil die Verschuldung bei privaten Gläubigern im weltweiten Maßstab die humane Entwicklung zurückhält. Anschaulich: https://www.youtube.com/watch?v=obxH9vO2YyA

[1] http://www.cadtm.org/Africa-the-debt-trap-and-how-to-get-out-of-it

[2] Zum Beispiel: https://erlassjahr.de/news/bis-zu-1000-prozent-gewinn-fuer-geierfonds/, https://debtjustice.org.uk/countries-in-crisis/mozambique-secret-loans-unjust-debts

[3] https://www.realafricaclimatesummit.org/declaration

weitere Antragsteller*innen

Anna Katharina Boertz (KV Celle); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Peter Meiwald (KV Ammerland); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Sandra Smolka (KV Freising); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Matthias Striebich (KV Forchheim); Maria Regina Feckl (KV Erding); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Bärbel, Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Thomas Mohr (KV München); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.